

Stand: 03.07.2025 13:43:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/27453

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013 COM(2023) 31 final BR-Drs. 24/23"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/27453 vom 21.02.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27674 des BU vom 28.02.2023
3. Beschluss des Plenums 18/27709 vom 02.03.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 137 vom 02.03.2023



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Karl Freller, Johannes Hintersberger CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013

COM(2023) 31 final

BR-Drs. 24/23

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013; COM(2023) 31 final; BR-Drs. 24/23, erhebliche Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an und lehnt den Verordnungsvorschlag in der vorliegenden Form ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Der Landtag hält es für sinnvoll, dass die Datenerhebung für die europäischen Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken auf EU-Ebene geregelt werden, da kohärente und vergleichbare Bevölkerungsdaten benötigt werden, um beispielsweise die Stimmengewichtung im Rat festzulegen. So werden die Bevölkerungsstatistiken über die Verordnungen (EG) Nr. 862/2007, (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates aktuell bereits auf EU-Ebene geregelt.

Da die Verordnung (EU) Nr. 1260/2013 am 31. August 2028 ausläuft, ist eine Folgeregelung notwendig. Eine diese Bereiche zusammenfassende Verordnung ist im Sinne der Vereinfachung und besseren Vergleichbarkeit grundsätzlich sinnvoll.

Allerdings verletzt der Verordnungsentwurf aus Sicht des Landtags durch mehrere Regelungen den Grundsatz der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Die vorgesehenen Regelungen sind nicht mit verhältnismäßigem Aufwand und sinnvoll umsetzbar. Sie greifen in die Verwaltungshoheit der Mitgliedstaaten ein:

- Der in Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 2 definierte Begriff der Bevölkerungsbasis („üblicher Aufenthaltsort“) kann nicht über die nationalen Melderegister abgebildet werden, da er auf Aufenthaltszeiträume abstellt. Nach der bisherigen Rechtslage (Art. 2 lit. d) der Verordnung (EG) Nr. 763/2008) konnte alternativ auch auf den eingetragenen Wohnsitz abgestellt werden, der im Melderegister verfügbar ist. Wäre der Rückgriff auf das Melderegister nicht mehr möglich, würde dies Schätzungen zur Bevölkerungsbasis erforderlich machen, die für die Bevölkerungsstatistik keine dem Melderegister vergleichbar sichere Quelle sind. Die statistischen Zahlen würden folglich ungenauer. Dies ist nicht sinnvoll. Abgesehen davon würde die freie Wahl der Mitgliedstaaten der in Art. 9 genannten Methoden erheblich eingeschränkt.
- Die geforderte räumliche Gliederungstiefe bis hin zu 1 km²-Rasterzellen (Art. 3 Abs. 1) und die teilweise unterjährlichen Periodizitäten sind nicht erforderlich und führen dazu, dass die Methode in Bezug auf ein nationales statistisches Bevölkerungsregister prädeterminiert und die Methodenfreiheit untergraben wird.
- Die Anforderungen an die Statistik sollen jederzeit durch delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte geändert oder über Ad-hoc-Statistiken erweitert werden können – und dies mit äußerst kurzen Umsetzungsfristen für die Mitgliedstaaten (Art. 5 Abs. 3 und 5, Art. 6 Abs. 6 und Art. 7 Abs. 2 und 5). Das statistische Programm, die Periodizität und die Bezugszeiten können einseitig von der Kommission durch delegierte Rechtsakte verändert und erweitert werden. Sie sind dadurch in der Verordnung selbst nicht hinreichend bestimmt und deshalb für die Mitgliedstaaten unkalkulierbar. Dies widerspricht dem Grundsatz, dass die wesentlichen legislativen Entscheidungen im Verordnungstext hinreichend konkret getroffen werden müssen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Erforderlichkeit einer Datenerhebung, die gerade auch mit Blick auf die Grundsätze der Datensparsamkeit auch datenschutzrechtlich genau dargelegt und abgewogen werden muss. Solche Entscheidungen können nicht auf delegierte Rechtsakte verlagert werden.
- Die der Kommission (Eurostat) eingeräumte Möglichkeit, Lieferfristen, Einzelthemen und geografische Gliederungstiefen durch Durchführungsverordnungen und delegierte Rechtsakte flexibel anzupassen, birgt zudem die Gefahr, dass unter Länderhoheit stehende Daten zukünftig ebenfalls zentral geführt werden müssten, was einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Verwaltungshoheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bundesländer bedeuten würde.
- Art. 10 Abs. 1 verpflichtet die nationalen Behörden, die für Daten aus nichtstatistischen Quellen zuständig sind (z. B. Meldeämter, Standesämter), die Weiterverwendung zu statistischen Zwecken zu gestatten. Die Modalitäten des Zugangs sollen in Kooperationsvereinbarungen zwischen den nationalen Behörden und den nationalen statistischen Stellen aufgenommen werden.
- Die generelle Verpflichtung nationaler Behörden durch EU-Verordnung, die Weiterverwendung von Daten zu statistischen Zwecken zu gestatten sowie die Modalitäten des Zugangs zwischen den nationalen Behörden und den nationalen statistischen Stellen durch Kooperationsvereinbarungen festlegen zu müssen, greift unverhältnismäßig in die bundesstaatliche Kompetenzordnung ein und beeinträchtigt die Verwaltungshoheit der Mitgliedstaaten.

Aufgrund der vielen neuen Anforderungen, der indirekten Beschränkung der Methodenwahl und der erheblichen und unkalkulierbaren Mehraufwände und vor allem der unsachgemäßen Eröffnung delegierter Rechtsakte ist die Verhältnismäßigkeit des Verordnungsvorschlags in einer Gesamtschau nicht gegeben.

Der Beschluss des Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/27453

Subsidiarität Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013
COM(2023) 31 final
BR-Drs. 24/23

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**
Mitberichterstatter: **Martin Böhm**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 28. Februar 2023 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Karl Freller, Johannes Hintersberger CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013

COM(2023) 31 final

BR-Drs. 24/23

Drs. 18/27453, 18/27674

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013; COM(2023) 31 final; BR-Drs. 24/23, erhebliche Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an und lehnt den Verordnungsvorschlag in der vorliegenden Form ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Der Landtag hält es für sinnvoll, dass die Datenerhebung für die europäischen Bevölkerungs- und Wohnungsstatistiken auf EU-Ebene geregelt werden, da kohärente und vergleichbare Bevölkerungsdaten benötigt werden, um beispielsweise die Stimmengewichtung im Rat festzulegen. So werden die Bevölkerungsstatistiken über die Verordnungen (EG) Nr. 862/2007, (EG) Nr. 763/2008 und (EU) Nr. 1260/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates aktuell bereits auf EU-Ebene geregelt.

Da die Verordnung (EU) Nr. 1260/2013 am 31. August 2028 ausläuft, ist eine Folgeregelung notwendig. Eine diese Bereiche zusammenfassende Verordnung ist im Sinne der Vereinfachung und besseren Vergleichbarkeit grundsätzlich sinnvoll.

Allerdings verletzt der Verordnungsentwurf aus Sicht des Landtags durch mehrere Regelungen den Grundsatz der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Die vorgesehenen Regelungen sind nicht mit verhältnismäßigem Aufwand und sinnvoll umsetzbar. Sie greifen in die Verwaltungshoheit der Mitgliedstaaten ein:

- Der in Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 Abs. 2 definierte Begriff der Bevölkerungsbasis („üblicher Aufenthaltsort“) kann nicht über die nationalen Melderegister abgebildet werden, da er auf Aufenthaltszeiträume abstellt. Nach der bisherigen Rechtslage (Art. 2 lit. d) der Verordnung (EG) Nr. 763/2008) konnte alternativ auch auf den eingetragenen Wohnsitz abgestellt werden, der im Melderegister verfügbar ist. Wäre der Rückgriff auf das Melderegister nicht mehr möglich, würde dies Schätzungen zur Bevölkerungsbasis erforderlich machen, die für die Bevölkerungsstatistik keine dem Melderegister vergleichbar sichere Quelle sind. Die statistischen Zahlen würden folglich ungenauer. Dies ist nicht sinnvoll. Abgesehen davon würde die freie Wahl der Mitgliedstaaten der in Art. 9 genannten Methoden erheblich eingeschränkt.
- Die geforderte räumliche Gliederungstiefe bis hin zu 1 km²-Rasterzellen (Art. 3 Abs. 1) und die teilweise unterjährlichen Periodizitäten sind nicht erforderlich und führen dazu, dass die Methode in Bezug auf ein nationales statistisches Bevölkerungsregister präeterminiert und die Methodenfreiheit untergraben wird.
- Die Anforderungen an die Statistik sollen jederzeit durch delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte geändert oder über Ad-hoc-Statistiken erweitert werden können – und dies mit äußerst kurzen Umsetzungsfristen für die Mitgliedstaaten (Art. 5 Abs. 3 und 5, Art. 6 Abs. 6 und Art. 7 Abs. 2 und 5). Das statistische Programm, die Periodizität und die Bezugszeiten können einseitig von der Kommission durch delegierte Rechtsakte verändert und erweitert werden. Sie sind dadurch in der Verordnung selbst nicht hinreichend bestimmt und deshalb für die Mitgliedstaaten unkalkulierbar. Dies widerspricht dem Grundsatz, dass die wesentlichen legislativen Entscheidungen im Verordnungstext hinreichend konkret getroffen werden müssen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Erforderlichkeit einer Datenerhebung, die gerade auch mit Blick auf die Grundsätze der Datensparsamkeit auch datenschutzrechtlich genau dargelegt und abgewogen werden muss. Solche Entscheidungen können nicht auf delegierte Rechtsakte verlagert werden.
- Die der Kommission (Eurostat) eingeräumte Möglichkeit, Lieferfristen, Einzelthemen und geografische Gliederungstiefen durch Durchführungsverordnungen und delegierte Rechtsakte flexibel anzupassen, birgt zudem die Gefahr, dass unter Ländershoheit stehende Daten zukünftig ebenfalls zentral geführt werden müssten, was einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Verwaltungshoheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bundesländer bedeuten würde.
- Art. 10 Abs. 1 verpflichtet die nationalen Behörden, die für Daten aus nichtstatistischen Quellen zuständig sind (z. B. Meldeämter, Standesämter), die Weiterverwendung zu statistischen Zwecken zu gestatten. Die Modalitäten des Zugangs sollen in Kooperationsvereinbarungen zwischen den nationalen Behörden und den nationalen statistischen Stellen aufgenommen werden.
- Die generelle Verpflichtung nationaler Behörden durch EU-Verordnung, die Weiterverwendung von Daten zu statistischen Zwecken zu gestatten sowie die Modalitäten des Zugangs zwischen den nationalen Behörden und den nationalen statistischen Stellen durch Kooperationsvereinbarungen festlegen zu müssen, greift unverhältnismäßig in die bundesstaatliche Kompetenzordnung ein und beeinträchtigt die Verwaltungshoheit der Mitgliedstaaten.

Aufgrund der vielen neuen Anforderungen, der indirekten Beschränkung der Methodenwahl und der erheblichen und unkalkulierbaren Mehraufwände und vor allem der unsachgemäßen Eröffnung delegierter Rechtsakte ist die Verhältnismäßigkeit des Verordnungsvorschlags in einer Gesamtschau nicht gegeben.

Der Beschluss des Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 2:**

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Herr Kollege Bayerbach (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindesmissbrauch und Kinderpornografie wirksam bekämpfen
Drs. 18/19487, 18/26438

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

3. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u.a. SPD
Gute Chancen für Integration I: Einbürgerung stärker bewerben
Drs. 18/24874, 18/26952 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

4. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Gute Chancen für Integration II:
Belange von Frauen und Mädchen stärker berücksichtigen
Drs. 18/24875, 18/26953 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

5. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Gute Chancen für Integration III:
Schätze heben – Zentrum für Talentförderung einrichten
Drs. 18/24876, 18/26008 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Gute Chancen für Integration IV: Mehrsprachigkeit fördern –
herkunftssprachlichen Unterricht einführen
Drs. 18/24877, 18/26009 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Strafvollzug entlasten und die Resozialisierung stärken:
Weihnachtsamnestie endlich auch in Bayern einführen!
Drs. 18/25035, 18/26933 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner und Fraktion (AfD)
Keine deutsche Selbsterniedrigung im Freistaat Bayern
Drs. 18/25055, 18/26966 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner AfD
Hebammenversorgung an Kliniken in Bayern sicherstellen!
Drs. 18/25077, 18/27017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alexander König u.a. CSU
Extrabudgetäre Honorierung der Ärzte bei Aufnahme
neuer Patientinnen und Patienten
Drs. 18/25291, 18/27018 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
Keine Gendersprache in Bayern
Drs. 18/25230, 18/26932 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen SPD
Landesbürgschaften für Wohnbaugenossenschaften
Drs. 18/25244, 18/27462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Norbert Dünkel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Teilhabe von schwerbehinderten Menschen am Arbeitsleben verbessern
Drs. 18/25289, 18/26956 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

14. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Pflegerheime vor dem finanziellen Kollaps bewahren!
Drs. 18/25308, 18/27019 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

15. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Biogas für Bayern I: Zukünftige Rolle der Biomasseenergie
und Anbindung an das Versorgungsnetz
Drs. 18/25312, 18/26202 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Biogas für Bayern II:
Potenzial der Biogasproduktion kurzfristig sinnvoll ausweiten
Drs. 18/25313, 18/26203 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Limitierung von Bargeldzahlungen
Drs. 18/25385, 18/27015 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Barrierefreies Wählen I – Wahlschablonenangebot für blinde und sehbehinderte Menschen verbessern
Drs. 18/25461, 18/26897 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Das überholte bayerische Gleichstellungsgesetz nach 26 Jahren endlich novellieren!
Drs. 18/25462, 18/26957 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

24. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Lesedidaktik im Lehramt Grundschule zum Pflichtbestandteil machen
Drs. 18/25482, 18/26969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Flexibilisierung des Auswahlverfahrens für den Einstieg in der zweiten und dritten Qualifikationsebene
Drs. 18/25483, 18/26109

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

26. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Alexander König, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsatzsteuerliche Beurteilung von Umsätzen im Tankkartengeschäft
Drs. 18/25484, 18/26991 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sauberes Wasser, saubere Energie –
mit Freiflächen-Photovoltaik die Wasserqualität erhöhen
Drs. 18/25572, 18/27023 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Florian von Brunn u.a. SPD
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes
Drs. 18/25945, 18/27445 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken I – Lehrkräfteausbildung attraktiver gestalten
Drs. 18/25616, 18/26970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken II – Individuelle Schwerpunktsetzung
im Referendariat ermöglichen
Drs. 18/25617, 18/26971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken III – Freiwilliges Wahlfächerangebot ausbauen
Drs. 18/25618, 18/26972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken IV –
Gerechtere Verteilung funktionsloser Beförderungen
Drs. 18/25619, 18/26973 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken V – Lehrerreserven ausbauen
Drs. 18/25620, 18/26974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken VI –
Unterrichtsfach „Politik und Gesellschaft“ ausweiten
Drs. 18/25621, 18/26975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken VII – Klassengrößen verkleinern
Drs. 18/25622, 18/26976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken VIII – Wahlpflichtfächergruppen
um Gesundheitszweig ergänzen
Drs. 18/25623, 18/26977 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Realschulen stärken IX –
Multiprofessionelle Teams an Realschulen stärken
Drs. 18/25624, 18/26978 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl u.a. CSU Interkommunale Zusammenarbeit bei der Energiewende unterstützen
Drs. 18/25650, 18/27035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

43. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP) Produktion von Patriot-Raketen in Bayern
Drs. 18/25651, 18/27037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

44. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP) Nutzung des Breitband-Portals ermöglichen
Drs. 18/25652, 18/27038 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Bayerische Unternehmen vor weiterem Bürokratiemonster
schützen: Nein zum Lieferkettengesetz!
Drs. 18/25659, 18/27039 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Initiative BYRo I: Auf- und Ausbau der bayerischen Roboterindustrie
Drs. 18/25660, 18/27040 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox" value="ohne"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

50. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Berichts Antrag zur Umnutzung von ehemaligen
landwirtschaftlichen Gebäuden
Drs. 18/25677, 18/26994 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Energiepreisbremse: Mittelstand und Handwerk unterstützen,
Energieversorgung ausbauen
Drs. 18/25687, 18/26158

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

56. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Gaskraftwerke aus der Strompreisbildung herausnehmen
Drs. 18/25763, 18/27042 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Prof. Dr. Gerhard Waschler, Thomas Huber,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Ganztagsförderung in Bayern: Bericht zum Schulversuch
„Pädagogische Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“
Drs. 18/25773, 18/26980 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

58. Antrag der Abgeordneten Johannes Hintersberger,
Dr. Gerhard Hopp, Manfred Ländner u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunftsfähigkeit der bayerischen Luftfahrtindustrie erhalten –
Beteiligung nationaler Unternehmen an der Zeitenwende sicherstellen!
Drs. 18/25807, 18/27016 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

59. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beschleunigtes Bebauungsplanverfahren – Radikale Beschleunigung der Genehmigungs- und Verfahrensprozesse
Drs. 18/25812, 18/26996 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entnahme des Fischotters vorantreiben
Drs. 18/25814, 18/27044 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

61. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Alexander König, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erneuerbare-Energie-Anlagen schneller ans Stromnetz anschließen
Drs. 18/25815, 18/27043 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

62. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenstand bei Ultrafeinstaub-Messungen im Umfeld des Flughafens München
Drs. 18/25817, 18/27027 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

63. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Alexander Flierl u.a. CSU
Umgehender Wiedereintritt Deutschlands in den Internationalen Rat zur Erhaltung der Jagd und des Wildes (CIC)
Drs. 18/25826, 18/27045 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

64. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Abschaffung der Extemporale an allen Schularten
Drs. 18/25829, 18/26987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

69. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Verbrauchertäuschung vorbeugen: Überdimensionierte Verpackungen im Sinne des Umweltschutzes vermeiden
Drs. 18/25907, 18/27028 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

70. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Auswirkungen von Ernährungsgewohnheiten auf die Landwirtschaft ermitteln
Drs. 18/25908, 18/27047 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

71. Antrag des Abgeordneten Jan Schiffers AfD
Vereinbarte Höchstgrenze der Belegung des ANKER-Zentrums Bamberg gewährleisten
Drs. 18/25910, 18/26968 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

72. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Klimaaktivismus beenden! – Zusätzliche CO₂-Abgabe für das Heizen weder sozial- noch klimapolitisch zielführend
Drs. 18/25919, 18/27029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

